

**abgeschlossen am
28. Februar 2004**

	<u>Seite</u>
1. Haushaltsentwurf 2005 vorgelegt	1
2. Kommission zur Untersuchung der Geheimdienstarbeit eingesetzt	2
3. Ausgabenprognose für <i>Medicare</i>-Zusatzversicherung erhöht	3
4. Konservative kritisieren rasanten Anstieg der Bundesausgaben	4
5. Senat verabschiedet Verkehrswege-Gesetz	5
6. Streit um Verlängerung der Untersuchung zu Terroranschlägen	6
7. Oberster Gerichtshof überprüft Haftpraxis nach dem 11. September	8
8. Präsidentschaftswahlen 2004: Kerry setzt Siegesserie fort	9

2/2004

0. Der Congress befand sich vom 16. bis 20. Februar 2004 in seiner traditionellen einwöchigen Sitzungspause aus Anlass des *Presidents Day*.

1. Haushaltsentwurf 2005 vorgelegt

Präsident Bush hat dem Congress am 2. Februar 2004 seinen Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2005 vorgelegt, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2004 beginnt und am 30. September 2005 endet. Bushs Haushaltsentwurf (*Budget Authority*)

- sieht Gesamtausgaben von 2,355 Billionen USD bei einem Defizit von 364 Mrd. USD vor.

Damit würde das Haushaltsdefizit 157 Mrd. USD unter der bisherigen Rekordmarke von 520,7 Mrd. USD für das laufende Haushaltsjahr 2004 liegen. In den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 rechnet die Administration mit jährlichen Defiziten von 268, 241, 239 und schließlich 237 Mrd. USD, was insbesondere fiskalkonservative Republikaner zunehmend lauter kritisieren (vgl. Punkt 4).

Bush hat mit Blick auf die Defizitentwicklung für 2005 die Eliminierung von mehr als 60 Bundesprogrammen mit einem Umfang von 4,9 Mrd. USD empfohlen. Weitere Einsparungen in Höhe von 8 Mrd. USD sollen durch Kürzungen in 52 weiteren Bundesprogrammen erreicht werden.

Im Bereich des *discretionary spending*, also jenem Teil des Bundeshaushalts über den der Congress ohne vorherige gesetzliche Festlegungen uneingeschränkt entscheiden kann, sieht der Haushaltsplan Bushs Ausgaben in Höhe von 908 Mrd. USD vor. Während für die nicht verteidigungsrelevanten Ausgaben in diesem Bereich 485 Mrd. USD bewilligt werden sollen, verlangt Bush für die Rüstung 423 Mrd. USD. Darin sind allerdings die weiteren Kosten für die Besatzung des Irak in 2004 nicht enthalten, so dass die faktischen Ausgaben in diesem Bereich am Ende bei mehr als 470 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2005 liegen könnten.

Im Bereich des *mandatory spending*, also jenen Ausgaben, die der Entscheidungsgewalt des Congress über gesetzliche Festlegungen (*entitlements*) weitestgehend entzogen sind, sieht Bushs Haushaltsentwurf Ausgaben in Höhe von 1,308 Billionen USD vor. Hier sind alleine für die staatliche Rentenversicherung *Social Security* 510 Mrd. USD vorgesehen. Hinzu kommen die Aufwendungen für *Medicare* und *Medicaid*, die Krankenversicherungsprogramme des Bundes für Senioren und chronisch Kranke, für die Bushs Haushaltsplan Ausgaben in Höhe von insgesamt 478 Mrd. USD vorsieht.

Für die *Schuldenbedienung* des Bundes sind im Haushaltsentwurf des Präsidenten 178 Mrd. USD vorgesehen. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Staatsverschuldung der USA am Ende des Haushaltsjahres 2005 die Marke von 8 Billionen USD überschreiten wird.

Zu den Gewinnern im Budgetplan Bushs für 2005 zählen, neben dem Bewilligungsetat für das Pentagon (plus 7,2 Prozent) und für die innere Sicherheit (plus 4,8 Prozent), vor allem auch der Etat für die Auslandshilfe (plus 21,7 Prozent). Hier sollen neben der AIDS-Hilfe vor allem die militärischen und wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus für Staaten wie Afghanistan, Indonesien oder Pakistan verstärkt werden.

Zu den Verlierern im Haushaltsplan des Präsidenten zählen die Bewilligungsansätze für die Landwirtschaft (minus 6,8 Prozent) sowie für Verkehrswege (minus 4 Prozent), aber auch für die Umweltschutzbehörde EPA (minus 13 Prozent).

Inwieweit die Republikaner in beiden Kammern des Congress Bushs Vorstellungen indes folgen werden, bleibt abzuwarten. Das dürfte insbesondere für die geplante Erhöhung des Auslandshilfeetats von derzeit 17,5 auf 21,7 Mrd. USD gelten. Einflussreiche Republikaner im Repräsentantenhaus, wie Bill Young (Fla.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses, haben bereits erklärt, dass jede Aufstockung dieses Etatpostens mit „bewährten Programmen“ und „traditionellen Prioritäten“ ihrer Kammer konkurrieren müssten.

Politisch sensitiv dürfte zudem die von Bush angestrebte Verlängerung seiner Steuer-senkungen von 2001 und 2003 sein, weil sie die ohnehin schwierige Haushaltslage des Bundes weiter belasten würden. Hier haben sowohl die Demokraten als auch fiskal-konservative Republikaner (vgl. Punkt 4) massive Bedenken angemeldet. Bushs Haus-haltsentwurf dürfte so gesehen auf erhebliche Widerstände im Congress treffen. Polarisierung und Stillstand könnten – insbesondere im Angesicht des sich verschärfenden Wahlkampfes – die Folge sein (vgl. CR 1/2004, S. 5).

2. Kommission zur Untersuchung der Geheimdienstarbeit eingesetzt

Präsident Bush hat Anfang Februar 2004 eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Geheimdienstpannen im Vorfeld des Irak-Krieges eingesetzt. Eine Woche zuvor hatte Bushs früherer Chef-Waffeninspekteur David Kay vor dem Streitkräfte-ausschuss des Senats erklärt, dass sämtliche Angaben der US-Geheimdienste zur Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak, die einen zentralen Kriegsgrund für die Administration darstellten, falsch waren.

Kay überraschte den Congress nicht nur mit dieser unmissverständlichen Aussage, sondern auch mit seinem Plädoyer für eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der offensichtlich aufgetretenen nachrichtendienstlichen Pannen. Während der republikanische Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat, Pat Roberts (Kann.), die Einrichtung einer Untersuchungskommission zunächst ablehnte, beugte sich Bush schnell dem wachsenden politischen Druck.

Zu den Vorsitzenden der Kommission ernannte er Charles Robb, einen früheren demokratischen Senator aus Virginia, sowie Laurence Silberman, einen ehemaligen Bundesrichter. Der überparteilich zusammengesetzten, siebenköpfigen Kommission gehören darüber hinaus Senator John McCain (R-Arizona), der frühere demokratische Präsidentenberater Lloyd Cutler, Richard Levin, der Präsident der Yale University, Admiral William Studeman, ehemaliger stellvertretender CIA-Direktor, sowie die frühere Berufungsrichterin Patricia Wald an.

Die Kommission soll ihre Ergebnisse am 31. März 2005, also weit nach den Präsidentschaftswahlen im November vorlegen.

Inwieweit es dem Präsidenten damit gelungen ist, den wachsenden öffentlichen Druck mit Blick auf die Geheimdienstspannen im Vorfeld des Irak-Krieges abzufedern, bleibt abzuwarten.

Einer *ABC News/Washington Post*-Umfrage vom 10./11. Februar 2004 zufolge hat das Vertrauen der amerikanischen Öffentlichkeit in den Präsidenten den tiefsten Stand seit dessen Amtsübernahme erreicht. Während 52 Prozent der Befragten den Präsidenten als „vertrauenswürdig“ bezeichneten, waren 45 Prozent gegenteiliger Auffassung. Bedeutsamer noch: 54 Prozent der Befragten äußerten die Auffassung, dass die Bush-Administration die Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen übertrieben habe. Eine Glaubwürdigkeitslücke für den amerikanischen Präsidenten nimmt Konturen an. Sie findet auch darin ihren Ausdruck, dass 54 Prozent der befragten, registrierten Wähler erklärten, dass sie in der Präsidentschaftswahl für den Demokraten John Kerry stimmen würden, während sich nur 43 Prozent für George Bush aussprachen.

Die Republikaner bemühten sich das Thema Geheimdienstspannen im Vorfeld des Irak-Krieges nach der Einrichtung der Untersuchungskommission konsequent herunterzuspielen. „Jeder versteht, dass wir uns im Wahlkampf befinden“, kommentierte Richard G. Lugar (R-Ind.), der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, und verwies darauf, dass einige jener Demokraten im Senat, die den Präsidenten nun lautstark angriffen, selbst für die Kriegsermächtigung gestimmt hätten.

Gleichwohl ist der Druck auf Bush gewachsen, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass der Präsident die faktische Nominierungsentscheidung der Demokraten nicht abgewartet, sondern seinerseits den Hauptwahlkampf früher als geplant mit seinen Angriffen auf John Kerry eröffnet hat (vgl. Punkt 8).

3. Ausgabenprognose für *Medicare*-Zusatzversicherung erhöht

Die Bush-Administration hat Ende Januar 2004 eine neue Ausgabenprognose für die Ende des letzten Jahres verabschiedete Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare*, dem Krankenversicherungsprogramm des Bundes für Senioren, Behinderte und

chronische Kranke, vorgelegt, welche die bisherigen Schätzungen deutlich übersteigt (vgl. CR 12/2003, S. 1).

Die im Zuge der Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs der Administration (vgl. Punkt 1) vorgelegten, revidierten Schätzungen gehen nun von Kosten in Höhe von ca. 534 Mrd. USD für die ersten zehn Jahre aus. Bisher hatte die Administration für diesen Zeitraum mit Kosten in Höhe von ca. 400 Mrd. USD gerechnet.

Demokratische Mitglieder des Congress reagierten mit scharfer Kritik auf die überraschend schnelle Korrektur der Kostenschätzungen und hielten der Administration eine Täuschung des Parlaments vor.

Auch einige republikanische Mitglieder des Congress, die gegen die Zusatzversicherung gestimmt hatten, zeigten sich besorgt und fühlen sich in ihren Vorbehalten gegen das neue Leistungsprogramm bestätigt. Die Senatoren Trent Lott (Miss.) und Don Nichols (Okla.) ließen verlauteten, dass sie weitere Ausgabensteigerungen für die verabschiedete Medikamenten-Zusatzversicherung erwarten.

Bereits im Vorfeld der Annahme der *Medicare*-Reform hatten Gesundheits- und Budgetexperten auf die Gefahr schnell steigender Kosten verwiesen. Administration wie Congress hatten diese Stimmen jedoch weitgehend ignoriert.

Ungeachtet der kritischen Stimmen hat Präsident Bush bekräftigt, dass er die Medikamenten-Zusatzversicherung für einen wichtigen Meilenstein in der Modernisierung von Medicare hält und beteuert, er werde an dem Ziel einer Halbierung des Haushaltsdefizits innerhalb von fünf Jahren festhalten.

4. Konservative kritisieren rasanten Anstieg der Bundesausgaben

Konservative Republikaner im Congress wie im Umfeld der Partei zeigen sich zunehmend besorgt über den rasanten Anstieg der Bundesausgaben seit dem Amtsantritt Präsident George W. Bushs 2001.

Präsident Bush hat in seinem Anfang Februar 2004 vorgestellten Haushaltsentwurf für 2005 (vgl. Punkt 1) die Halbierung des für das Haushaltsjahr 2004 allein auf ca. 521 Mrd. USD geschätzten Defizits in den kommenden fünf Jahren in Aussicht gestellt und den Congress zu mehr Haushaltsdisziplin aufgefordert.

Die Kritiker der Administration sehen sich durch den Haushaltsentwurf des Präsidenten jedoch in ihren Befürchtungen eher noch bestätigt und befürchten, dass sich der Trend steigender Staatsausgaben mit ungebrochener Dynamik fortsetzt.

Im Repräsentantenhaus haben Vertreter der republikanischen Fraktionsführung wie zentraler Ausschüsse und Unterausschüsse bereits angedeutet, dass sich die von Bush

vorgeschlagenen Ausgabensteigerungen im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit nicht ohne Abstriche durchsetzen werden lassen.

Das *Republican Study Committee* (RSC), eine fraktionsinterne Organisation konservativer Abgeordneter, hat öffentlich angekündigt, eigene Vorschläge zur Eindämmung von Ausgaben und Haushaltsdefizit ausarbeiten zu wollen.

Hintergrund der zunehmend lauter werdenden Kritik aus den konservativen Reihen ist die generelle Ausweitung der Staatstätigkeit unter Bush, die den traditionellen Vorstellungen von *limited government* und dem Ziel einer nachhaltigen Reduzierung des als aufgebläht betrachteten Staatsapparates zuwider läuft.

Studien konservativer „Think Tanks“ wie der *Heritage Foundation* und des *Cato Institute* weisen darauf hin, dass sich das Tempo des Ausgabenanstiegs unter Bush gegenüber den Clinton-Jahren mehr als verdoppelt hat und nicht allein auf den *War on Terror* und den Irak-Krieg zurückzuführen ist.

Während wenige Kritiker so weit gehen wie David Boaz, der Vizepräsident des *Cato Institute*, der von einem „Bush betrayal“ an der konservativen Sache spricht, wird der Präsident als Vertreter eines „big government conservatism“ zunehmend mit argwöhnischen Augen betrachtet.

Bush kommt die Kritik im Wahljahr 2004 mehr als ungelegen, macht sie doch deutlich, dass Bushs Team in seinen Bemühungen, die konservative Basis zu mobilisieren, durchaus mit Gegenwind zu rechnen hat.

5. Senat verabschiedet Verkehrswege-Gesetz

Der Senat hat am 12. Februar 2004 mit großer Mehrheit eine Gesetzesvorlage („*Highway Bill*“) zur Finanzierung von Straßenbau, Schienennetz, Verkehrsinfrastruktur und Sicherheit angenommen, die für die kommenden sechs Jahre Mittel in Höhe von ca. 318 Mrd. USD vorsieht.

Für die Verabschiedung stimmten 76 Senatoren, dagegen sprachen sich 21 aus. Zuvor war ein von konservativen Republikanern versuchtes *Filibuster*, die Verhinderung der Abstimmung durch unbefristete Fortsetzung der Debatte, mit 86 gegen 11 Stimmen abgewendet worden.

Präsident Bush, der statt 318 nur 256 Mrd. USD bewilligt sehen möchte, hatte zuvor gedroht, ein Veto gegen das Verkehrswege-Gesetz einlegen zu wollen. Bush erklärte die Vorlage zum ersten Test für die Haushaltsdisziplin des Congress.

Die Verabschiedung der Gesetzesvorlage ist auf Grund des Auslaufens des Verkehrswege-Gesetzes von 1998 Anfang des Jahres, das einen Umfang von 218 Mrd. USD hatte, überfällig.

Kritiker des Gesetzesentwurfs wie Senator John McCain (R-Ariz.) verweisen auf die exzessive Neigung des Congress, öffentliche Mittel für lokale und einzelstaatliche Projekte fragwürdiger Natur („pork barrel politics“) zu verschwenden.

Befürworter der Vorlage halten dagegen daran fest, dass die Infrastruktur des Landes bereits jetzt unterfinanziert ist und die vorgesehenen Mittel kaum ausreichen würden, um das bestehende System Instand zu halten. Enorme volkswirtschaftliche Schäden und eine Gefährdung der Verkehrssicherheit seien die Folge.

Die im Repräsentantenhaus anhängige Gesetzesvorlage geht noch deutlich über die Senatsversion hinaus und sieht Gesamtausgaben in Höhe von ca. 375 Mrd. USD vor. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Repräsentantenhaus, Don Young (R-Alaska), befürwortet in diesem Zusammenhang gar eine deutliche Anhebung der Kraftstoffsteuer zur Finanzierung der Bauvorhaben.

Angesichts der breiten Unterstützung des Gesetzes in beiden Parteien dürfte es Präsident Bush schwer fallen, die Verabschiedung durch ein Veto zu verhindern. Von verkehrspolitischen Gründen abgesehen verspricht das Gesetz im laufenden Wahljahr 2004 einen arbeitsmarktwirksamen Schub öffentlicher Aufträge.

6. Streit um Verlängerung der Untersuchung zu Terroranschlägen

Die von den Mitgliedern der Kommission zur Untersuchung der Hintergründe der Terroranschläge vom 11. September 2001 (vgl. CR 12/2002, S. 3) geforderte Verlängerung der Frist zur Vorlage ihres Abschlussberichts bleibt weiter umstritten.

Die 10-köpfige überparteiliche Kommission unter Leitung von Thomas H. Kean (R-N.J.) und dessen Stellvertreter Lee H. Hamilton (D-Ind.) hält eine Verlängerung ihres bis Ende Mai 2004 befristeten Untersuchungsmandats für notwendig, um die Durchsicht von Akten und die Befragung von Zeugen abzuschließen.

Die Mitglieder der Kommission hatten sich wiederholt öffentlich über die nur schleppende Kooperation der Bundesbehörden wie der Administration beklagt, die angeforderte Unterlagen oft erst nach längerem Tauziehen und massivem Druck übergeben hätten.

Die Senatoren Joe Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.), auf deren Initiative die Einsetzung der Kommission zurückgeht, haben Anfang Februar 2004 im Senat eine Gesetzesvorlage eingebracht, welche die Vorlage des Abschlussberichts auf

Januar 2005 und damit bis nach den anstehenden Präsidentschafts- und Congress-Wahlen im November verschiebt.

Präsident Bush, der zunächst auf Einhaltung der gesetzten Fristen bestanden hatte, lenkte in Reaktion auf den Vorstoß der beiden Senatoren ein und sagte seine Unterstützung für eine Verlängerung der Untersuchung um zwei Monate zu.

Ungeachtet des Einlenkens der Administration hat jedoch Speaker Dennis Hastert (R-Ill.) Ende Februar erklärt, er lehne eine Veränderung der Fristen weiterhin ab und werde versuchen, ein entsprechendes Gesetz im Repräsentantenhaus zu blockieren.

Nach einem persönlichen Gespräch mit Präsident Bush beharrte Hastert darauf, dass die Vorlage des Kommissionsberichts im Juli 2004 die Diskussion der Untersuchungsergebnisse zu sehr in den laufenden Wahlkampf verlagern würde. Zudem sei ein möglichst schneller Abschluss auch aus Gründen der raschen Umsetzung der Empfehlungen der Kommission dringlich.

Der anhaltende Widerstand Hasterts lässt nun eine Einigung über den Abschluss der Untersuchungsarbeit fraglich erscheinen und gefährdet den bisherigen zwischenparteilichen Konsens.

Demokraten im Congress kritisierten Hastert scharf und hielten dem Präsidenten vor, er habe nicht genügend Druck auf die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus ausgeübt. Vertreter der Familien der Opfer der Septemberanschläge unterstützen ebenfalls eine Fristverlängerung.

Für zusätzlichen Zündstoff sorgt darüber hinaus die Weigerung von Präsident Bush, Vizepräsident Dick Cheney sowie der Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, sich einer öffentlichen Befragung durch die Kommission zu stellen.

Bush, Cheney und Rice, die sich auf Sicherheitsgründe und die Sonderstellung des Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter (deren Ernennung nicht durch den Senat bestätigt werden muss) berufen, stimmten lediglich einer nichtöffentlichen Befragung zu.

Im Fall des Präsidenten und des Vizepräsidenten soll diese auf jeweils einstündige Gespräche mit dem Kommissionsvorsitzenden Kean und seinem Stellvertreter begrenzt bleiben. Der frühere Präsident Bill Clinton und dessen Vizepräsident Al Gore haben dagegen eine umfassende Zusammenarbeit mit der Kommission zugesagt.

Nach Verlautbarungen der Kommission sind von dem Abschlussbericht keine neuen sensationellen Enthüllungen zu erwarten, sondern eine umfassende und detaillierte Kritik der Arbeit der Clinton- wie der Bush-Administration. Vor diesem Hintergrund scheint die Position der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus kaum nachvollziehbar und auch der Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln.

7. Oberster Gerichtshof überprüft Haftpraxis nach dem 11. September

Der Oberste Gerichtshof in den USA hat Ende Februar 2004 erklärt, dass er den Fall „Padilla gegen Rumsfeld“ einer Überprüfung unterziehen will.

Jose Padilla, ein US-amerikanischer Staatsbürger, war im Mai 2002 von der Bundespolizei FBI nach seiner Rückkehr aus Pakistan am Flughafen von Chicago festgenommen und des Terrorismus beschuldigt worden. Die FBI-Ermittler warfen ihm vor, einer *Al Kaida*-Terrorzelle anzugehören und einen Anschlag mit einer radioaktiven Bombe in den Vereinigten Staaten geplant zu haben.

Präsident Bush erklärte ihn kurz darauf zum Kriegsgefangenen und lies ihn mit Verweis auf seine *War Powers* und die nationale Sicherheit an ein Militärgefängnis in South Carolina überstellen. Ein ziviler Strafverteidiger wird ihm seitdem mit Verweis auf seinen Kriegsgefangenenstatus verweigert. Donna R. Newman, die vom *Lawyers Committee for Human Rights* unterstützt wird, reichte daraufhin im Namen Padillas Verfassungsbeschwerde ein.

Im Dezember 2003 entschied ein New Yorker Berufungsgericht, dass der Präsident seine verfassungsmäßigen Rechte als Oberkommandierender der Streitkräfte bei der Überstellung Padillas in ein Militärgefängnis überschritten habe und der Beschuldigte entweder binnen 30 Tagen freizulassen oder einem zivilen Strafgerichtsverfahren zu unterziehen sei.

Die Richter Rosemary S. Pooler und Barrington D. Parker begründeten ihre Entscheidung damit, dass US-amerikanische Staatsbürger nicht ohne vorherige, ausdrückliche Autorisierung durch den Congress der Militärgerichtsbarkeit überstellt werden dürften. Sie unterstrichen, dass die kurz nach den Terrorangriffen des 11. September erfolgte *Authorization for the Use of Military Force, Public Law 107-40*, nicht als eine solche Ermächtigungsresolution durch die Exekutive gedeutet werden könne.

Der Präsident, so das Berufungsgericht, habe keine „inhärenten verfassungsmäßigen Rechte als Oberkommandierender der Streitkräfte, die es ihm außerhalb einer Kriegszone erlaubten, amerikanische Staatsbürger in den USA zu Kriegsgefangenen zu erklären. Mit Blick auf „separation of powers concerns“ könne das einzig und allein der Congress entscheiden.

Der *Supreme Court* hat nun den Revisionsantrag der Bush-Administration angenommen und mit einer Entscheidung ist bis zum Sommer 2004 zu rechnen. Dabei hat das Gericht die verfassungsrechtlich wichtige Frage zu klären, wie weit die Vollmachten der Exekutive nach dem 11. September (bzw. den vom Congress verabschiedeten Gesetzen zur Terrorismusabwehr) reichen. Präsident Bush verfolgt hier eine Lesart, welche die individuellen Freiheitsrechte mit Verweis auf seine Vollmachten als *Commander-in-Chief of the armed forces* drastisch beschränkt.

8. Präsidentschaftswahlen 2004: Kerry setzt Siegesserie fort

Senator John F. Kerry (Mass.) hat im Februar 2004 seine Siegesserie in den demokratischen Präsidentschaftsvorwahlen fortgesetzt, die er Ende Januar mit den Überraschungserfolgen in den *Iowa Caucuses* und der *New Hampshire Primary* begonnen hat (vgl. CR 1/2004, S. 9).

Insgesamt gewann Kerry 18 der 20 Caucuses und Primaries in Bundesstaaten in allen Regionen des Landes. Senator John Edwards (N.C.) gelang es nur in South Carolina, dem Staat seines Geburtsorts, Kerry auf den zweiten Platz zu verweisen. Ex-General Wesley Clark siegte in Oklahoma mit knappem Vorsprung vor Edwards und Kerry.

Kerrys teilweise eindrucksvolle Siege und sein ungebremster Aufstieg in nationalen Meinungsumfragen bewegten seine Hauptkonkurrenten - mit der Ausnahme John Edwards - zur Aufgabe ihrer Kandidatur.

Senator Joe Liebermann (Conn.) zog sich bereits nach seinem schlechten Abschneiden in den Vorwahlen und Parteiversammlungen in Arizona, Delaware, Missouri, New Mexico, North Dakota, Oklahoma und South Carolina am 3. Februar aus dem Wahlkampf zurück (vgl. CR 1/2004, S. 12).

General a.D. Wesley Clark gab nach einer Reihe von Misserfolgen in Michigan, Washington, Maine, Tennessee und Virginia Mitte Februar 2004 auf und sprach sich nur wenige Tage später für die Nominierung Kerrys aus.

Gouverneur Howard Dean (Vt.), der zu Beginn der Vorwahlsaison als aussichtsreichster Bewerber gegolten hatte, stellte nach seiner Niederlage in Wisconsin am 17. Februar den aktiven Wahlkampf ein. Dean hatte zuvor – in allerdings widersprüchlichen Statements – Wisconsin zum Teststaat für ein mögliches Comeback erklärt.

Der frühere Gouverneur will jedoch weiter in der Partei aktiv bleiben und seine vielfach bestaunte und als wegweisend bezeichnete Organisation, die sich wesentlich auf ein Internet-basiertes Netzwerk von Aktivisten stützt, in der einen oder anderen Form aufrecht erhalten. Zudem bleibt sein Name in den meisten Staaten auf dem Wahlschein.

John Edwards ebenso wie die beiden Außenseiterkandidaten Dennis Kucinich und Al Sharpton wollen dagegen vorerst ihre Kampagnen fortsetzen. Edwards sieht noch Chancen, sich in einem Zwei-Mann-Wettbewerb gegen Kerry als attraktive Alternative profilieren zu können.

Der vergleichsweise junge Senator hat als talentierter Wahlkampfredner starken Eindruck gemacht und vor allem die anhaltende Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzverluste in Folge des intensivierten Außenhandels zu seinem Zentralthema gemacht. Doch nach seinem Sieg in South Carolina ist er selbst in Staaten im Süden, seiner Heimatregion, nicht über gute zweite Plätze hinausgekommen.

Richtungsweisend für den weiteren Verlauf des Nominierungswahlkampfes dürften die Vorwahlen sein, die am 2. März gleichzeitig in 10 Bundesstaaten abgehalten werden (Super Tuesday). Insgesamt werden knapp über ein Viertel aller Parteidelegierten an diesem Tag bestimmt und Georgia, Kalifornien, New York und Ohio bieten aussagekräftige Indikatoren für alle wichtigen Regionen.

Nach aktuellen Meinungsumfragen ist Kerry mit großem Vorsprung vor allem in Kalifornien und New York der eindeutige Favorit. Edwards werden dagegen nur noch geringe Chancen für den Fall eingeräumt, dass Kerrys Kampagne in Folge gravierender Fehler ins Stolpern gerät.

Präsident Bush jedenfalls hat nicht die faktische Nominierungsentscheidung der Demokraten abgewartet, sondern seinerseits den Hauptwahlkampf früher als geplant eröffnet. Durch die Konzentration der Medien auf die demokratischen Vorwahlen und die überwiegend auf Bush ausgerichtete Kritik der Bewerber, ist der Präsident unerwartet unter merklichen Druck geraten.

Auf einem Empfang der *Republican Governors Association* (RGA) in Washington am 23. Februar hat sich Bush in seiner Rede zum Wahlkampfauftakt auf Kerry als wahrscheinlichen Gegenkandidaten eingestellt. Neben der Steuerpolitik hat Bush die Außen- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund seiner Attacken gerückt.

Als unabhängiger Kandidat ist zudem Ralph Nader, der prominente Vertreter von Konsumenteninteressen und Präsidentschaftsbewerber der Grünen Partei 2000, in den Wahlkampf eingestiegen. Nach dem Ausscheiden Deans sieht Nader nur marginale Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern und präsentiert sich als Alternative, welche die große Zahl der Nichtwähler ansprechen soll.

Die Demokraten befürchten, dass Nader wie in den Wahlen 2000 bei einem knappen Ausgang ihrem Kandidaten Stimmen entziehen und so erneut zu einem Sieg Bushs beitragen könnte. Doch Nader zeigte sich unbeeindruckt und kündigte einen auf die Kritik an der Bush-Administration konzentrierte Kampagne an.